

Schwänzer an die Hand 2
MAE-Kräfte als Schulbegleiter

Frischer Wind 3
Jugendgruppe im Roten Laden

Schämen Sie sich, Herr Dzembritzki!

Morgens Steuererhöhungen - nachmittags Hartz IV-Verschärfung

Was haben Sie, was hat Ihre Partei den Leuten vor der Wahl im vergangenen Jahr nicht alles erzählt:

Wir wollen mehr Arbeit schaffen und weniger Arbeitslosigkeit in Deutschland haben. Arbeit zu schaffen ist drängender denn je. Arbeit sichert Lebensunterhalt. Arbeit ist Selbstverwirklichung. Arbeit schafft Wohlstand. Arbeit ist Teilhabe an der Gesellschaft. Bessere Vermittlung allein reicht aber nicht aus. Wir müssen auch die Binnenkonjunktur ankurbeln.

Das stammt aus dem Wahlmanifest der SPD. Was Sie tun, ist das Gegenteil.

Sie haben am 19. Mai 2006 im Bundestag der Erhöhung der **Mehrwertsteuer** zugestimmt. Damit schröpfen Sie die Bezieher kleiner Einkommen, Rentner und Erwerbslose. Außerdem würgen Sie die Binnenkonjunktur ab!

Sie loben Hartz IV als „sozial gerecht“. Mit dem von Ihnen mit beschlossenen **Hartz-Optimierungs-**

gesetz werden Millionen Erwerbslose drangsaliert und entrechtet! Aus „Fordern und Fördern“ wird für die Betroffenen „Betteln und Frieren“. Sollten nicht durch Hartz IV 2 Millionen neuer Arbeitsplätze entstehen?! Wo sind sie geblieben...

Am 1. Juni 2006 haben Sie einen Antrag der Fraktion DIE LINKE. abgelehnt, einen **gesetzlichen Mindestlohn** von 8 Euro in der Stunde einzuführen. Wie erklären Sie das den Gewerkschaften? Wollten Sie nicht einst auch, dass man von Arbeit in Würde leben können muss!

Was die Große Koalition betreibt, ist sozialer Kahlschlag in Potenz. Dessen Folgen sind auch in Ihrem Wahlkreis unübersehbar. Arbeitsplätze werden vernichtet, jeder siebte arbeitsfähige Reinickendorfer findet keinen Job, unter ihnen viele junge Leute. „Ein-Euro-Jobber“ schönen die Erwerbslosenstatistik. Sogenannte Qualifizierungsgesellschaften erweisen sich nur als Steuergelddrücker. Es lohnt sich für die Anbie-

ter, bekommen doch die Einrichtungen bis zu 500 Euro monatlich vom Job-Center, wovon nur bis zu 180 Euro an die MAE-Jobber weitergereicht werden. Auch in Reinickendorf gibt es Beispiele, dass durch den Einsatz von MAE-Jobbern reguläre Arbeit verdrängt wird bzw. sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze seitens der anbietenden Firmen oder Einrichtungen vernichtet werden. Diese Entwicklung ist eine sozial- und arbeitsmarktpolitische Bankrotterklärung.

Wir stehen donnerstags vorm Job-Center in der Miraustraße. Wir laden Sie ein! Kommen Sie mit zum Job-Center! **Stellen Sie sich vor Ort den Opfern Ihrer Politik!**

Klaus Rathmann
Bezirksvorsitzender
der Linkspartei.PDS

Saubermannpolitik in Reinickendorf

Die Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf hat beschlossen, zukünftig Schulschwänzer durch Ein-Euro-Jobber in die Schulen „begleiten“ zu lassen. Dem sozialen Phänomen „Schule schwänzen“ will man zukünftig mittels Zwangszuführung beikommen.

Statt unser ausgrenzendes Schulsystem so zu verändern, dass unsere Kinder Spaß beim Lernen haben und alle beim Lernen mit den anderen schritthalten können, werden diejenigen, die sich dort nicht wohl fühlen, mit „Begleitern“ konfrontiert, die diesen Job wohl noch nicht einmal freiwillig versehen werden - ganz zu schweigen von der fehlenden fachlichen Qualifikation. Das ist bezirkliche Saubermannpolitik, die, wie so oft in Reinickendorf, sich den tatsächlichen Problemen verschließt und den sozial Benachteiligten den Schwarzen Peter zuschiebt. (Weiteres auf Seite 2)

Horst Jusch



Was Eltern, Schule und Polizei nicht schaffen...

Ein-Euro-Jobber sollen Schulverweigerer „an die Hand nehmen“

Die BVV Reinickendorf nahm am 10.5.2006 bei einer Gegenstimme folgenden CDU-Antrag an: *Dem Bezirksamt wird empfohlen, bei geeigneten freien Trägern anzuregen, dass im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung Schulbegleiter für Schulschwänzer eingesetzt werden. Das Konzept des Trägers ist dem Schulausschuss vor Antragstellung vorzustellen (Drs.-Nr. 1358/XVII).*

In der Debatte betonte der Vorsitzende des Ausschusses (SPD), jede Lösung sei willkommen, die helfen könne, das Problem zu bewältigen. Seitens der FDP-Fraktion wurde angezweifelt, ob auf diesem Weg, wie das Konzept der Ein-Euro-Jobs doch anstrebe, neue Arbeitsplätze entstehen könnten. Die Einzelverordnete Renate Herranen fragte, was Kinder und Bildung der Politik **wert** seien, wenn solche jämmerlichen Schritte notwendig seien? SPD-Fraktionsvorsitzender Höhne rief dazwischen, woher denn das Geld kommen solle.

Der Schulausschuss hatte zuvor in zwei Sitzungen das Für und Wider beraten. Vertreter des Bildungsträgers Euro Train stellten ein erstes Konzept vor. Danach sollen nur staatlich anerkannte Pädagogen und nur zwei bis drei Schulwegbegleiter pro Schule für sechs Stunden täglich mit Zustimmung der Eltern eingesetzt werden. Sie sollen die Schüler nicht nur in die Schule begleiten, sondern auch in der Freizeit verfügbar sein, z. B.

Förderunterricht organisieren. Das Hauptproblem seien die auf neun Monate befristeten Verträge, was kaum erlaube, ein Vertrauensverhältnis zu den Schülern und Eltern herzustellen. Eine mögliche Festanstellung der MAE-Kräfte sei vom Bildungsträger abhängig.

Differenzierte Gründe

Bildungsstadtrat Ewers (CDU) hatte der BVV im Februar ausführlich über die Situation im Bezirk berichtet. Die „Schulschwänzer-Quote“ schwankt im laufenden Schuljahr bisher zwischen 0,17 und 0,28 Prozent. Anfang des Jahres gab es 27 Schulverweigerer, zumeist in Haupt- und Grundschulen, fast nicht in Gymnasien, regional auf das Märkische Viertel, Tegel-Süd, Wittenau und Hermsdorf beschränkt. Als Ursachen werden familiäre, soziale, aber auch melderechtliche Gründe genannt. Der Bericht kommt zu dem Schluss: *„Die zwangsweise Zuführung ist aber schulrechtlich auf die Fälle zu beschränken, in denen andere, insbesondere pädagogische Mittel der Einwirkung auf die Schulverweigerer (oder Erziehungsberechtigten) ohne Erfolg geblieben oder nicht erfolversprechend sind. Sie ist die Ultima Ratio... Bei der polizeilichen Zuführung als Anwendung unmittelbaren Zwanges ist zu bedenken, dass immer die Verhältnismäßigkeit zu prüfen ist und zwischen dem erstrebten Zweck - ein regelmäßiger Schulbesuch - und der Eingriff in die Individualrechte des Betroffenen abzuwägen ist.“*

R. Irmischer/K. Gloede

Karin Hopfmann legt Sprecheramt nieder

Die flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion der Linkspartei.PDS im Berliner Abgeordnetenhaus legte ihr Sprecheramt nieder. Dies sei ihre Antwort auf die unnachgiebige Haltung des Berliner Innenministers Körting im Fall der kurdischen Familie Aydin.

Körting besteht auf der Ausreiseraufforderung an die Familie unter Androhung der Abschiebung. Die Bürgerinitiative „Familie Aydin muss bleiben“, die Integrationsbeauftragte des zuständigen Bezirksamtes sowie die Fraktion der Linkspartei.PDS hatten eine Integrationsvereinbarung mit Bildungspatenschaften und

anderen Integrationshilfen vorgeschlagen.

Körting verspiele damit die Chance öffentlich zu beweisen: In Berlin können wir auch anders, erklärte Karin Hopfmann. Seine politische Kampfansage gegen die Koalitionsvereinbarung, in der ein Paradigmenwechsel abgesprochen sei, stelle die insgesamt positive Bilanz der Koalition bezüglich der Berliner Flüchtlingspolitik in Frage.

Dieser Schritt sei für sie nach elf Jahren und fast drei Wahlperioden als Fachfrau für Flüchtlings- und Menschenrechtspolitik „nicht ohne Bitterkeit“, aber notwendig.

Die BVV musste wieder nacharbeiten. Übrig gebliebene Große Anfragen (GA) aus der April-Sitzung betrafen die **Klassenfrequenzen an den Hauptschulen** des Bezirkes (B90 und SPD, angeregt vom Bezirkselfternausschuss-Schulen), die Wiederauslobung eines **Reinickendorfer Umweltpreises** (CDU) und die **Erweiterung der Sammlung der Graphothek** (SPD). Ungehindert durch den BVV-Vorsteher, missbrauchte Junge Union-Vorsitzender Weser - erneut bar jeder politischen Kultur und jeglichen Respektes vor dem politischen Partner im Bezirksamt - die Debatte zum Umweltpreis zu persönlichen Ausfällen gegen SPD-Bezirksstadtrat Gaudszun. Das „Kasperletheater“ (SPD) fand bei den anderen Fraktionen keine Zustimmung; die CDU blieb mit einem Antrag zum dritten oder vierten Mal in fünf Jahren in der Minderheit (27 gegen 28 Stimmen). Wenn doch öfter alle Bezirksverordneten anwesend gewesen wären! Die BVV bestätigte die CDU-Anträge zur **Schulwegbegleitung für Schulschwänzer** (nebenstehend) und zur **Vermeidung geschichtlicher Verzerrung - Gedenkstätte Hohenschönhausen besuchen**.

Auf eine GA der CDU hin informierte Bürgermeisterin Wanjura, dass in der Ambulanz für Sexualstraftäter in Tegel gegenwärtig 16 Patienten betreut werden. Das Krankenhaus des Maßregelvollzugs sei überbelegt, was für die Insassen unholdbar sei und Reinickendorf überfordere.

Der sachliche Bericht der Bürgermeisterin diente der CDU-Fraktion, namentlich Dirk Steffel, erneut zur Schürung von Ängsten nach dem Motto: **Der Senat missachtet Sicherheitsbedürfnisse der Reinickendorfer Bevölkerung**. Vertreter aller anderen Fraktionen wiesen diese politische Praxis in scharfen Worten („Abscheu“, „entsetzlich“, „unsäglich“) als Vorwegnahme des Wahlkampfes zurück.

In der Einwohnerfragestunde lehnten CDU und FDP - wie schon 2005 - den Vorschlag ab, dass die Regenbogenfahne zum Christopher-Street-Day wie in den meisten Bezirken auch am Reinickendorfer Rathaus gehisst wird. SPD, B90 und die Einzelverordnete werteten diese Position als beschämend und ganz und gar nicht weltförmig. **K.G.**

Frischer Wind im Roten Laden

Eine linke Jugendgruppe findet sich zusammen

Auf der Suche nach einem Treffpunkt zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen sind sie fündig geworden. Im Roten Laden in der Tegeler Schloßstraße wurden sie mit offenen Armen empfangen. Am Anfang waren sie drei junge Leute um die zwanzig, inzwischen sind sie bereits sechs und weitere haben ihr Interesse angemeldet.

Einer von ihnen ist Yusuf Dogan, 24 Jahre alt, Jurastudent im achten Semester und kurz vor dem ersten Staatsexamen. Im Oktober 2005 war er Mitglied der Linkspartei.PDS geworden, ein Viertel Jahr später war er bereits im Reinickendorfer Vorstand und dort verantwortlich für Jugend- und Migrationsarbeit. Was bewog den jungen Mann, der bis dahin unbeschwert, ohne großes politisches Interesse gelebt hatte, zu diesem Schritt?

Er hebt das emotionale Erlebnis des Bekanntwerdens mit Literatur über Ché Guevara hervor. Die Reise des jungen Ché durch Südamerika, dessen Begegnungen mit grenzenloser Armut in den Elendsvierteln der großen Städte, mit ausgebeuteten Landarbeitern, entrechteten Eingeborenen.

Das machte Yusuf, den klugen, sensiblen jungen Mann nachdenklich. Soziale Härten gibt es nicht nur in Südamerika. Yusuf, in Berlin geborener Türke, verbrachte die ersten vier Lebensjahre in der kleinen Stadt Zile in der zentralanatolischen Hochebene bei den mütterlichen Verwandten. Den Vater sah er nur wäh-

rend des Urlaubs. Seine Bezugsperson war der Großvater. Gemeinsam mit ihm hütete er die Ziegen und Schafe, versorgte das Federvieh und sammelte mit Genuß die warmen Eier aus den Nestern. Er erlebte eine behütete, sorgenfreie Kindheit, alle Onkel und Tanten der großen Familie hatten den kleinen, aufgeweckten Jungen gern. Dann aber holte der Vater den Sohn nach Berlin. Dort war alles liebevoll für seinen Empfang vorbereitet, aber weder Spielsachen noch Süßigkeiten konnten ihn trösten. Noch heute erinnert er sich lebhaft an den ersten Tag im Kindergarten. Er saß den ganzen Tag weinend auf dem Schoß der Kindergärtnerin. Aber irgendwann war das Eis gebrochen, er spürte das Interesse und die Freundlichkeit seiner neuen Kameraden. Und spielend lernte er deutsch.

Gern denkt er auch an seine Schulzeit, spricht mit Hochachtung von seinen Lehrern, besonders dankbar ist er seiner Grundschullehrerin, der einfühlsamen und verständnisvollen Frau Silbermann. Ihr und all den anderen, die ihn geprägt haben, gelten sein Dank und sein Respekt. Seine Eltern haben alles getan, das Selbstbewußtsein ihrer drei Kinder zu stärken. Sie haben keine Elternversammlung versäumt und gelegentlich hat die Mutter, eine exzellente Köchin, für alle eine türkische Pizza bereitet. Immer waren sie um gute Kontakte und ein freundschaftliches Mitein-



Bei der Mai-Demonstration
Foto: Schimrock

ander zu den deutschen Nachbarn bemüht. So also kann man auch miteinander leben. Yusuf hat inzwischen einen deutschen Pass, er lebt gern hier, seine türkischen Wurzeln aber kann und will er nicht leugnen.

Im Roten Laden tut sich inzwischen allerhand: Verabredung von politischer Kleinarbeit, ein Filmabend mit der Reise des jungen Ché, in Vorbereitung sind Diskussionen zum Kommunistischen Manifest. Denn ohne theoretische Bildung ist die Welt nicht zu begreifen, zu verändern schon gar nicht.

E. Schroth

Ausbildung schafft Perspektiven

Grundlage für beruflichen Erfolg ist eine solide Berufsausbildung. Die Linkspartei.PDS will erreichen, dass alle Jugendlichen, die dies wollen, eine Berufsausbildung bzw. ein Studium absolvieren können. Wir wollen die Potenziale Berlins nutzen, um diesem Ziel näher zu kommen.

Der Ausbildungspakt zwischen Senat, Gewerkschaften, Kammern, Unternehmerverbänden und der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit soll fortgesetzt werden. Eines der wesentlichen

Ziele muss sein, die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze zu erhöhen. Der Senat muss auch künftig durch öffentlich geförderte Verbundausbildung einen Beitrag zur Schließung der Lücke auf dem Lehrstellenmarkt leisten. Die Regionaldirektion ist aufgefordert, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel für die Qualifikation und Ausbildung junger Arbeitsloser zu nutzen, statt diese in Ein-Euro-Jobs zu schicken.

Zugang zu Kultur sichern

Wir... schlagen vor, dass Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre in al-

len öffentlichen Museen Berlins freien Eintritt haben. Wir plädieren dafür, dass die Geldprämie für Studierende bei Anmeldung des Hauptwohnsitzes in Berlin in eine Kulturkarte umgewandelt wird. Und wir regen an, eine zentrale Internetplattform mit kulturellen Angeboten für Kinder und Jugendliche einzurichten, um auf diese Weise Eltern, Kindern und Jugendlichen Überblick und schnellen Zugang zu entsprechenden Angeboten zu erleichtern.

**Aus dem Wahlprogramm der
Linkspartei.PDS zu den Abgeordnetenhauswahlen am 17.9.06**

Wie wär's mit Victor Grossman?

Die Anregung kam von Klaus Gloede (wie übrigens so manche andere auch). „Willst du nicht mal was mit Grossman machen“? Ich wollte. „Er arbeitet an einem Spanienbuch.“ Das fand ich interessant.

Ich wusste, wer Victor Grossman ist, und das Thema Volksfront – im weitesten Sinne – wird uns wohl noch länger beschäftigen.

Wir verstanden einander sofort, nur sein Akzent machte mir gelegentlich Schwierigkeiten. Victor ist Amerikaner und man kann es noch immer hören.

Sofort ist er beim Thema. Er hat ein starkes Bedürfnis, über diese Arbeit zu sprechen. Wie er das Buch strukturiert, wen alles er zitiert, welche Begebenheiten, lagen sie auch am Rande, er nicht ausklammern will und kann, einen kurzen Aufstand in Barcelona zum Beispiel, den Orwell als das Eigentliche beschreibt, Namen fallen: Kolzow, Hemingway, Ivens, Jeanne und Kurt Stern mit ihrem Dokumentarfilm „Unbändiges Spanien“, und eben Orwell. Nichts will Grossman ignorieren, nichts verheimlichen, Kolzows Schicksal und das einiger sowjetischer Generäle nicht, die zurückgerufen, verhaftet, ermordet wurden.

Trotzdem: „Der spanische Bürgerkrieg war eines der glorreichsten Ereignisse des 20. Jahrhunderts, wenn nicht das glorreichste überhaupt.“

Wir sprechen über die Volksfront, finden die Parallele zur Unidad Popular in Chile. Grossman: „Aber Spanien hat gekämpft! ... Die Arbeiter haben die Regierung gezwungen, die Republik zu verteidigen... Allende wollte nie Waffen.“ Wir erin-

nern uns aber auch eines Dokfilms von Guzman. „Ja, da waren viele, die kämpfen wollten.“ In einer Szene fragt ein Arbeiter voller Bitternis: Traut der Präsident uns nicht? Wieder Grossman: „Dieser Film war eine Anatomie der Konterrevolution.“

Über die inneren Widersprüche der spanischen Volksfront reden wir. (Denen ja, will mir scheinen, die Widersprüche in der Linken heute recht ähnlich sind.) Grossman verweist auf die zeitliche Nähe zu den „Moskauer Prozessen“; hinter jeder Kritik witterten die Kommunistischen Parteien eine „trozkistische Verschwörung“. Aber trotz innerer Kämpfe zwischen Anarchisten, Sozialdemokraten, Trozkisten und Kommunisten, die zweifellos schwächten, kämpften sie gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind.

Besonders für junge Leute will Grossman das Buch machen.

Schließlich spiele ich noch auf seinen Vornamen an. Er ist amüsiert. „Ich heiße gar nicht so.“ Vorab aus seiner in deutsch noch nicht erschienenen Autobiografie: Soldat in der US-Armee in Bayern, schwimmt über die Donau, meldet sich bei der Sowjetarmee. Nach Moskau will er oder nach Prag. Sie schicken ihn nach Potsdam. Seinem sowjetischen Betreuer teilt er seinen Wunsch nach neuer Identität mit, „um die Familie zu schützen“. Er soll sich einen Namen aussuchen, hat aber keine Idee. Und eines Tages fragt ihn der sowjetische Offizier: „Na, wie wär's denn mit Victor Grossman?“

Nun bin ich neugierig auf die beiden Bücher. Sie auch?

Werner Wüste

Am Rande

Problemlöser und Problemmacher

Der ehemalige Berliner und gegenwärtige Reinickendorfer CDU-Spitzenkandidat für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus hat in einem Interview mit der Berliner Morgenpost ein großes Wort gelassen ausgesprochen: „Es gibt in Berlin nach fünf Jahren SPD/PDS viele Probleme zu lösen.“

Wie recht er hat - die Trümmer aus der Zeit der CDU-Herrschaft sind noch längst nicht weggeräumt. Berlin leidet weiter unter den Folgen von „Gier, Größenwahn, Unfähigkeit und krimineller Energie“, die wohl nicht nur im Bankenskandal ihre Rolle spielten.

Optimisten sagen, Berlin habe inzwischen wieder etwas Spielraum für politische Gestaltung gewonnen. Aber wir sollten wohl doch besser den Problemlösern noch etwas Zeit geben, bevor wir die Problemmacher wieder ans Ruder lassen.

Jochen Eser

Was treibt Julchen nächsten 1.Mai?

Ich las vom „Poppen gegen Sozialismus“ der Reinickendorfer Jungen Union am 1. Mai. Das nächste Mai-Motto müsste dann der Logik nach „Kinderwagen schieben gegen Sozialismus“ sein.

Aber wenn das Poppen fruchtlos blieb - was dann? In Erinnerung an Adenauer oder Ludwig Erhard „sozial werden gegen Sozialismus“? Oder doch lieber unverbindlich „Nase bohren gegen Sozialismus“?

Am besten gefiele mir „Baden gehen gegen Sozialismus“. Mit Generalprobe am Berliner Wahntag.

R.B., Märkisches Viertel

Termine

Mitgliederversammlung der Linkspartei.PDS Reinickendorf am 17.06.2006 um 14 Uhr im Roten Laden

Auf der Tagesordnung stehen: Wahl der Liste der Linkspartei.PDS für die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung

Wahl der sechs Direktkandidaten der Linkspartei.PDS für die Wahl zum Abgeordnetenhaus

Beschluß der Wahlaussagen der Linkspartei.PDS für die Wahl zur BVV Reinickendorf

Impressum

Herausgegeben vom Bezirksvorstand der Linkspartei.PDS Reinickendorf, Vi.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in

Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden

sind ausdrücklich erwünscht: Die Linke.PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel.
Öffnungszeiten:
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr
Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632
e-mail:
reinickendorf@linkspartei-berlin.de
internet:
www.pds-reinickendorf.de